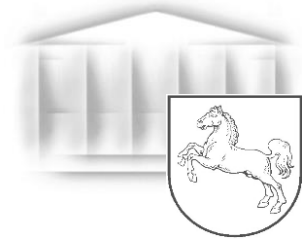


**Stefan Klein**  
**Marcus Bosse**  
Mitglieder des Niedersächsischen Landtages



Stefan Klein (MdL) + Riesentrapp 14 + 38226 Salzgitter

**Stefan Klein**  
Mitglied des  
Niedersächsischen Landtages

Riesentrapp 14  
38226 Salzgitter  
Tel: 0 53 41 / 22 39 66 5  
Fax: 0 53 41 / 22 39 95 6  
E-Mail: buero@stefanklein-mdl.de  
www.stefanklein-mdl.de

**Marcus Bosse**  
Mitglied des  
Niedersächsischen Landtages

Bahnhof 1C  
38300 Wolfenbüttel  
Tel: 0 53 31 / 88 14 16  
Fax: 0 53 31 / 85 60 58 8  
E-Mail: info@marcus-bosse.de  
www.marcus-bosse.de

## Pressemitteilung

03.12.2014

### **Mögliche Ausweitung von Schacht Konrad? Landtagsabgeordnete wollen es genau wissen**

Nach dem bekannt werden des Entwurfes zum nationalen Entsorgungsplan des Bundesumweltministeriums regt sich besonders in Salzgitter teils heftiger Widerstand gegen die Pläne des Bundes. Demnach soll die für Schacht Konrad genehmigte Menge von 303.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktiver Abfälle dem aktuellen Bedarf angepasst und entsprechend erhöht werden. Besonders pikant ist hierbei, dass der Beschluss, mehr Abfälle als bisher vorgesehen nach Schacht Konrad zu schaffen, erst nach Beginn der Einlagerung gefasst werden soll.

Die SPD-Landtagsabgeordneten Stefan Klein und Marcus Bosse halten dieses mögliche Vorhaben des Bundesumweltministeriums für falsch und positionieren sich klar dagegen: „Es darf keinesfalls passieren, dass nach Beginn der Einlagerung in Schacht Konrad im Jahr 2022 Fakten geschaffen werden, die dann dazu führen, dass eine Ausweitung unumgänglich ist. Man muss vorher klar sagen, wohin die erhöhte Abfallmenge gebracht werden soll.“ Mit einer Anfrage an die Landesregierung fordern Klein und Bosse nun ein klares Statement des Niedersächsischen Umweltministeriums. „Wir gehen davon aus, dass unsere Landesregierung die Sorgen rund um Schacht Konrad ernst nimmt und ihren bisherigen Kurs der Transparenz und Glaubwürdigkeit weiter verfolgt. Mit einer geeinten starken niedersächsischen Stimme können wir frühzeitig Überlegungen des Bundes entgegentreten und unsere Interessen vor Ort durchsetzen“, so die Abgeordneten abschließend.